

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 48.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 200.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 29. Januar 1908.

Druckerei: Dr. Walter Schenke in Halle a. S.

Verlags- und Druckerei: Dr. Walter Schenke in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.  
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr.

Geschäftsstelle in Berlin: Delfauerstraße 14.  
Telephon-Amt VI Nr. 11 494.  
Trakt und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

### Einkommensteuergesetze 1906 und 1907.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist, wie schon gestern kurz mitgeteilt, die vergleichende Uebersicht der Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1906 und 1907 zugegangen. Danach sind in Preussen für das Steuerjahr 1907 bei etwas über 5 1/2 Millionen Steuerpflichtigen 249,96 Millionen Mark Einkommensteuer veranlagt worden, was sich gegen das Vorjahr ein Mehr an Steuerpflichtigen von 716 324 und an Steuern von 33,17 Millionen Mark in der Summe ergibt. Zu diesem Mehr tragen die physischen Personen über 24 1/2 Millionen Mark, die juristischen Personen 8,9 Millionen Mark bei. Die veranlagte Bevölkerung, d. h. die Zahl der Steuerpflichtigen mit Einschluß ihrer Angehörigen (auf einen durchschnittlichen Kopf) umfaßt jetzt mehr als 1/2 der Gesamtbevölkerung des Staates, und zwar in den Städten fast 1/2, und auf dem Lande mehr als 1/3, der dortigen Bevölkerung überhaupt, diejenigen mit mehr als 3000 Mark Einkommen 4,85 Proz. gegen 4,64 im Vorjahre, und zwar in den Städten 7,81 Proz. (7,53 im Vorjahre) und auf dem Lande 2,33 Proz. (2,22 im Vorjahre). Die einkommensteuerpflichtige Schicht hat sich in Preussen in den Jahren 1906 und 1907 im Verhältnis von 3965 zu 4445, in den Städten von 5049 zu 5593, und auf dem Lande von 3062 zu 3467 ausgedehnt. Die einkommensteuerfreie Schicht ist in den Städten von 49,51 zu 44,06 und auf dem Lande von 69,38 zu 65,83 zurückgegangen. Die gültige Einkommensteuer, welche in diesen Ziffern hervortritt, prägt sich noch stärker aus, wenn derjenige Teil der Bevölkerung, welcher zwar ein Einkommen von mehr als 900 Mk. bezieht, ohne Grundbesitz ist, mit berücksichtigt wird. Die Schicht, welche dieser Wohlstand teilhaftig geworden ist, fiel in diesem Jahre nur in den Städten von 4,84 auf 4,78 vom Hundert der Bevölkerung, während sie auf dem Lande von 5,57 auf 5,66 gestiegen ist. Rechnet man diese Ziffern zu denjenigen der einkommensteuerpflichtigen Bevölkerung hinzu, so vergrößert sich der Bruchteil der mit mehr als 900 Mk. Einkommen Veranlagten in den Städten von 55,32 auf 60,72 vom Hundert, auf dem Lande von 36,18 auf 40,33 Proz., d. h. im Durchschnitt Preussens von 44,89 auf 49,70 Proz. der Bevölkerung.

Gegenwärtig hat also fast die Hälfte der Bevölkerung ein Einkommen von über 900 Mk. Dabei ist zu berücksichtigen, daß zu dem Teil von 50,30 Proz., dessen Einkommen über 900 Mk. nicht hinausgeht, ohne Zweifel noch eine große Zahl von Personen gehört, die durchaus nicht den unmittelbaren Schätzen zuzurechnen sind, so z. B. Söhne und Töchter wohlhabender Leute, die in fremder Haus- oder Landwirtschaft ein eigenes, über 900 Mk. nicht übersteigendes Einkommen erwerben, ferner Leute, welche ein eigenes, der Verfügung des Familienhauptes nicht unterliegendes Zinseinkommen von nicht mehr als 900 Mk. beziehen.

Das Durchschnittseinkommen stellt sich für den Kopf der Steuerpflichtigen in den Städten auf 2407,45 Mk., auf dem Lande auf 1772,12 Mk., also überhaupt auf 2181,76 Mk. Das höchste Durchschnittseinkommen weist wie in den Vorjahren den in den Regierungsbezirken Wiesbaden mit 2910,37 (3083,78 im Vorjahre) Mk. auf; die niedrigsten Beträge haben wiederum Arnberg mit 1708,17, Trier mit 1733,95 und Stade mit 1750,44 Mk. Das Durchschnittseinkommen für Berlin beträgt 2871,54 Mk., Berlin steht also unter dem Durchschnitt des Staates. Scheidet man die Steuerpflichtigen nach Stadt und Land, so finden sich die höchsten Einkommen in den Städten der Regierungsbezirke Wiesbaden mit 3385,58, Aachen mit 2993,66 und Potsdam mit 2818,69 Mk., auf dem Lande dagegen in den Regierungsbezirken Straßburg mit 2475,93, Breslau mit 2294,20 und Weismann mit 2149,48 Mk., die niedrigsten Ziffern in den Städten der Regierungsbezirke Elsaß-Lothringen mit 1750,44 und Aachen, auf dem Lande in den Regierungsbezirken Trier, Aachen und Arnberg. Aber auch in diesen hat sich gegen das Vorjahr eine Steigerung bemerkbar gemacht.

In den Stadtkreisen stellt sich das Durchschnittseinkommen eines Angehörigen auf 2505,95 Mk. An niedrigsten stehen hierbei die Kreise mit 1549 Mk., dann folgen Arnberg, Minden, Osnabrück und Gelsenkirchen. Die höchsten Stellen nehmen Deutsch-Wilmersdorf mit 4273,74 Mk., Charlottenburg mit 4199,01 Mk., Frankfurt a. M. mit 3684,18 Mk., Wiesbaden mit 3639,97 Mk. und Bonn mit 3606,28 Mk. ein. Die Ziffern werden natürlich am höchsten in denjenigen Gemeinden stehen, die viele reiche Einwohner haben. Von dem Wohlstandesgrade der gesamten Bevölkerung geben sie aber kein Bild.

Von dem Gesamtlohn an Steuern bringen die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von 900 bis 3000 Mark 32,59 Proz., von 3000 bis 6500 Mk. 15,72 Proz., von 6500 bis 9500 Mk. 6,88 Proz. auf; diese drei Einkommensklassen also erheblich über die Hälfte. Die

Einkommensklassen 9500 bis 30 500 Mk. Steuern liefern 16,42 Proz., die Klassen 30 500 bis 100 000 Mk. 13,12 Proz., und die über 100 000 Mk. 15,27 Proz. des Gesamtlohns. Falsche Anschauungen herrschen in der Regel über das Aufkommen der nicht-physischen Personen. Im Jahre 1907 betrug deren Gesamtzahl unter den Jeniten 6967 und ihre Veranlagungssoll 24,31 Millionen Mark, während die Gesamtzahl der physischen Personen (ohne Angehörige) im gleichen Jahre 5,38 Millionen Mark und ihre Veranlagungssoll 225,66 Millionen Mark, also fast das Sechsfache betrug.

Auch diese Uebersicht beweist wiederum, daß die Volkswirtschaft Preussens auf durchaus gelunder Grundlage beruht und daß die breiten Schichten des gewerblichen Volkes sich eines steigenden Einkommens erfreuen. Diese Aufwärtsbewegung, trotz deren die auf den Marxismus blindlings eingeworfenen Gesellen die Verelendungstheorie der Massen immer noch aufrecht erhalten, ist eine Tatsache, an der schließlich die beherrschenden Kräfte nicht vorbeigehen können. Mehrere sozialdemokratische Schriftsteller haben es denn auch zum großen Kummer des Vorwärts und anderer unentwegter Marxisten genügt, die endliche Umschichtung der überlebten Lehren von Marx zu fordern, und wie z. B. Calwer das Steigen der Wohlhabenheit im letzten Jahre statistisch nachgewiesen. Noch aber ist die große Masse der Genossen unüberwindlich; hoffen wir, daß es auch bei ihnen endlich tagt. Mit großer Deutlichkeit stellt sich ferner wieder heraus, daß die Einkommensverhältnisse auf dem platten Lande im Verhältnis zu dem der Städte noch immer nicht besonders günstig sind.

### Der Geburtstag des Kaisers im Auslande.

Wie der Geburtstag des deutschen Kaisers die Deutschen im Auslande zu größeren Feiern zusammenführt, bezeugen uns Telegramme aus Belgrad, Madrid und Lissabon, wo die Mitglieder der Botschaften, Gesandtschaften, Konsulate und deutschen Kolonisten den Tag festlich begingen. Auch aus New-York, Washington, Cincinnati, St. Paul und Philadelphia werden Festlichkeiten der dort wohnenden Deutschen gemeldet. Schließlich wird uns noch aus Crotavara (Teneriffa) gemeldet: Unter dem Vorhitz des Gouverneurs der Canarischen Inseln wurde aus Anlaß des Geburtstages Seiner Majestät des deutschen Kaisers am 27. Januar eine glänzende internationale Kaiserfeier in dem deutschen Humboldt-Gaule zu Crotavara veranstaltet. An den Kaiser wurde ein Glückwunsch-Telegramm abgesandt.

### Parlamentarisches.

Auf der Tagesordnung der nächsten (3.) Plenarsitzung des Herrenhauses vom Mittwoch, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, steht die Wahl eines neuen Präsidenden an Stelle des verstorbenen Fürsten Kniphausen noch nicht. Die Fraktionen wollen an diesem Tage zusammenzutreten, die Wahl vorzubereiten. Erledigt sollen werden die zur Wahlkommission in den Bezirken Berlin und Potsdam werden — sie haben eine gerechtere Verteilung der Polizeigeld durch angemessene Heranziehung der großen Städte zu den kleinen an —, sowie die Entwürfe zur Erweiterung des Stadtfreies Magdeburg, über die Zahlung der Beamtenbeholdung und des Gnadenverleihes und endlich die unterm 25. Juni 1907 erlassene Verordnung zur Bekämpfung der Viehschlepperer im Gemeindegeldverwaltungs- und dem fischen Teile des Reiches. — Dem Herrenhaus sind zugegangen der Vorschlag der Eisenbahnverwaltung für den Zeitraum vom 1. Oktober 1906 bis dahin 1907 nebst den Rechnungsübersichten über die Verwendung der extraordinären Dispositionsfonds dieser Verwaltung für das Etatsjahr 1906.

### Eine Kritik der Encyclica pasceendi.

Die „Correspondenza Romana“ sagt, daß die vom Professor an der Universität Straßburg, päpstlichen Gesandten Monsignore Ehrhardt, in der „Internationalen Wochenchrift“ veröffentlichte Kritik der Encyclica pasceendi Kritik erzeuge. Ehrhardt sei intelligent und herbeist und habe ausgedehnte historische Kenntnisse, sei aber durchaus ungenügend in den Fragen der Philosophie und Theologie. Seine Sprache gegenüber dem Papste sei in Form und Inhalt inkorrekt. Hinsichtlich der orthodoxen Fundamental-Argumente verdiene er, daß jeder wahre Katholik ihn öffentlich tadelte. Die „Correspondenza“ bedauert weiter, daß die „Germania“, indem sie sich über die „rühmlichen Traditionen“ unwürdig zeige, mit schmeichelehaften Worten den Verfasser den am meisten zu verurteilenden Teil des Ehrhardt'schen Artikels abdrucke. „Correspondenza Romana“ weist endlich auf einen Artikel des Pörrers Würzberger in Meuselheim in der „Wilm. Allg. Ztg.“ hin, der Ehrhardt lobt, den Vatikan und das katholische Zentrum angreift. Die „Correspondenza Romana“ billigt den

Freimut Würzberger und erklärt, die elementarste Ehrlichkeit verlange, daß diese sogenannten Katholiken sich außerhalb der Kirche stellen.

### Republikanische Sozialpolitik.

Während die Sozialdemokratie wegen der preussischen Wahlrechtsfrage sich anstellt, als ob der größte deutsche Bundesstaat aus der Reihe der Kulturländer getrieben werden müßte, klagt das Zentralorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaften den Kantone Bern an, durch ein „Antistatistengesetz“, „Demokratie, Republik, Recht und Gerechtigkeit mit Füßen zu treten“. Der Kantone Bern will nämlich die Beschäftigung Arbeitswilliger in Streikfällen mit Buße bis zu 100 Frk. oder mit Gefängnis bis zu 60 Tagen bestrafen, wofür durch ein anderes Gesetz keine strengere Strafe vorgehoben ist; außerdem sollen die öffentliche Ordnung erheblich störende Ansammlungen, die anlässlich eines Streits entstehen, durch Androhung einer Gefängnisstrafe bis zu 60 Tagen bestraft werden. Ferner erhalten die Behörden das Recht, während der Dauer von Streiks die Veranlagung von Umzügen zu verbieten; und endlich können Aushäuser, die Arbeitswillige beschäftigen, auf 2 bis 10 Jahre des Bundes Exkommunikation fiktiv zu einer Zeit, da unsere Sozialdemokratie nicht laut genug über den preussischen „Unterhaas“ schimpfen kann, doppelt bemerkenswert.

### Die Marokkodebatte vor der französischen Deputiertenkammer.

Zum Schluß der Sitzung am gestrigen Dienstag wiederholte sich, daß die Annahme der Annexion Marokkos zu nützen und keinen Unterschied zu machen zwischen den Stämmen, die ihn unterstützen; fernerhin den französischen Jähnen Achtung zu verschaffen und die Verhütung der Schachstammes herbeizuführen. Darauf erklärte sich Bichon mit folgender Tagesordnung des Abgeordneten Dubief einverstanden:

Die Kammer beschließt, daß die Agenciarats eingeheilen und die Verteidigung der Rechte und Interessen Frankreichs in Marokko ohne Vermittlung in die innere Politik des französischen Reiches hineingezogen werden. Ferner billigt die Kammer die Erklärung der Regierung und weist dieser ihr Vertrauen aus; sie beschließt die Wiedereinsetzung der Glückwunschkarte der Nation an die in Afrika kämpfenden Offiziere und Mannschaften.

Diese Tagesordnung wurde mit großer Mehrheit angenommen und darauf die Sitzung geschlossen.

### Deutsches Reich.

Der Kaiser und die Kaiserin hielten am Montagabend nach der Vorstellung im königlichen Opernhaus längere Zeit Cercle im Pörrer. Dienstag waren Besuche der Kaiserin dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dem Reichsfürst und hörte im königlichen Schloß den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts.

\* Prinz Leopold zu Lippe. Prinz Leopold zu Lippe ist Dienstag mittags 12 Uhr im Samariterbau in Heidelberg, wohin er sich zur Vornahme einer Operation begeben hatte, verstorben.

\* Die Offiziersdeputation des Infanterie-Regiments Fürst Bismarck, die bekanntlich kürzlich in England weilte, war am Dienstag zum Frühstück im Schloß Windsor geladen, wo die Herren nachmittags nach London zurückkehrten.

\* Steuerentwürfe. Wie der „N.-M.“ erfahren haben will, hat der Bundesrat bisher die Spiritusmonopol-Vorlage noch nicht verabschiedet. Es sei auch fraglich, ob dies in der nächsten Plenarsitzung bereits geschehen werde. Die Vorlage über eine Zigarettenbanderolensteuer ruhe noch in den Ausschüssen des Bundesrats und begäbe dort anstehenden manchen Schwierigkeiten. Unter diesen Umständen lässe es sich noch nicht absehen, wann diese Steuerentwürfe an den Reichstag gelangen werden.

### Preussischer Landtag.

#### Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 28. Januar, 11 Uhr.

Am Ministerielle: Die Minister. Der Kaiser habe die Glückwünsche des Hauses zu Allerhöchster Seiner Geburtstags mit herzlichstem Danke entgegengenommen. Die zweite Lesung des Etats wird beim Etat der Justizverteilung fortgesetzt.

Bei den Einnahmen bezieht sich die Vorlage (ref. Ztg.) eine Reform des ersten juristischen Exams und eine Verlängerung der Studienzeit. Die juristischen Prüfungen seien zu erschweren, schon um den Zubehörs zum juristischen Studium etwas zu schmälern.

Hg. Hermann (natl.) erkennt die Reform des ersten juristischen Exams gleichfalls als berechtigt an und hält die theoretische und praktische Ausbildung der Referendare für unzureichend.

Hg. Noeren (Ztr.) befragt das Ministerium die Referendare mit teilt, einzelne Replikationen seien sich pro Jahr auf 60—100 000


 Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt  
 urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190801292-18/fragment/page=0002
 







Rechnungsporto: 1 Fr., Liro, Lon. Porto: 60 Ft. — Cost. 1 R. Gold: 2 M., Wahr.: 1,70, 1 Kr.: 0,80, 7 E. silber: 12. — 1 R. sol.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16.  
Gold-Rbl.: 3,70. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Estrl.: 20 40 M.  
Berlin, Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuß 7%, Privatskont 4½%

[illegible]



\* v. Schelha im 3. Garde-Regt. zu Fuß, \* Loop im Gren

Verf. \* v. Henning auf Schönhoff, Hauptm. im Großen Generalstabe, in den Generalstab der 25. Div., \* v. Feldmann, Hauptm. und Oberquartiermeister-Adjutant, unter Ueberweisung zum Generalstabe des 17. Armeekorps in den Generalstab der Armee.

Verleitet: die Hauptleute und Komp.-Chefs: \* Anauß in Inf.-Regt. 93, in das Inf.-Regt. 95, \* Krizoborschi im Inf.-Regt. 99, in das Inf.-Regt. 43. \* Ublenbach, Hauptmann und Komp.-Chef im Inf.-Regt. 130, zum Platzmajor in Mos. ernannt. Ein Patent ihres Dienstgrades verliehen: den Hauptleuten und Komp.-Chefs: \* v. Rosenbergs im Garde-Gren.-Regt.

\* zur Regede, Major und Mitglied der Inf.-Schießschule zum Zweiten Stabsoffizier bei dieser Schule ernannt.  
\* Petersen, Hauptmann und Komp.-Chef im Inf.-Regt. 51, a Mitglied zur Inf.-Schießschule bestellt.  
Der Obersten beifolgt: die Oberstlia: \* Dreher, Infanterie-

